Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6341

28. 11. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günther Maleuda, Dr. Christa Luft, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 – Drucksachen 12/5200, 13/5836, 13/6001 bis 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der von der Bundesregierung verfolgte Sparkurs und die vorgesehenen Steueränderungen führen zu wesentlichen Einnahmeverlusten der Länder. Sie behindern sie dadurch in der ihnen nach Artikel 30 des Grundgesetzes übertragenen Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben.

2. Die angespannte Haushaltssituation und das Prinzip der Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" verschärft in den Ländern den Konflikt zwischen der Finanzierung dringender länderspezifischer Aufgaben und der Inanspruchnahme der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe durch eine entsprechende Komplementärfinazierung. Die Handlungsmöglichkeiten der Länder zur eigenverantwortlichen Berücksichtigung ihrer länderspezifischen Situation müssen verbessert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

für die Realisierung des Haushaltsplans im Jahre 1997 einen Antrag zur Änderung des § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Drucksache 13/4349) mit dem Ziel in den Deutschen Bundestag einzubringen, den Anteil der durch den Bund zu erstattenden Ausgaben auf 70 bzw. 80 Prozent zu erhöhen.

Bonn, den 25. November 1996

Dr. Günther Maleuda
Dr. Christine Luft
Eva-Maria Bulling-Schröter
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333